



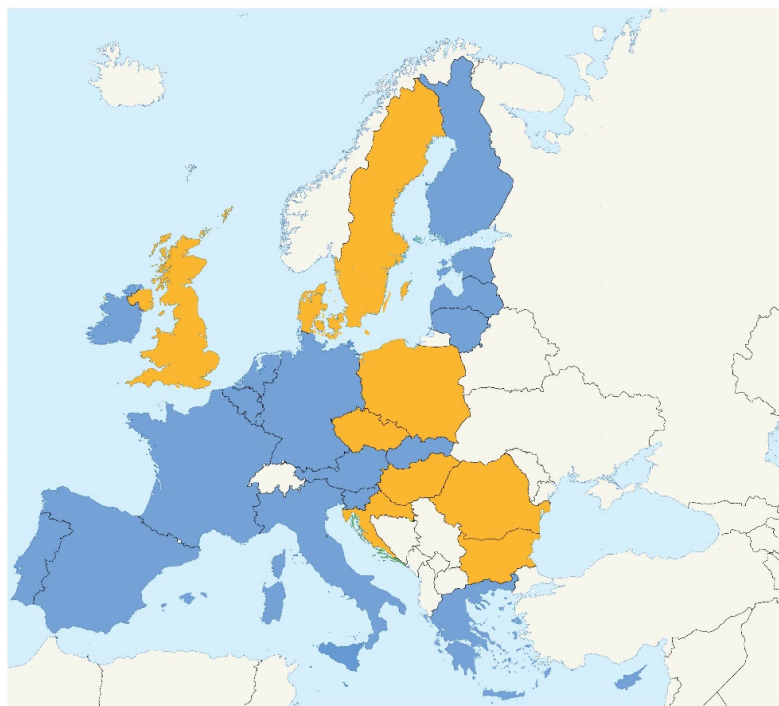
Stabilität des Euro und die Ungleichgewichte in der Währungsunion

Europa in Ungleichheit vereint

Mechthild Schrooten

Email: mechthild.schrooten@hs-bremen.de





■ Euro
■ Non-Euro

Quelle: EU.

24 Amtssprachen



Die große Erweiterung: Vereinigung von Ost und West

- 1989 Fall der Berliner Mauer – Ende des Kommunismus
Start der EU-Wirtschaftshilfe: Phare-Programm
- 1992 Festlegung der Kriterien für einen Beitritt zur EU:
 - Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
 - funktionierende Marktwirtschaft
 - Fähigkeit, die Rechtsvorschriften der EU umzusetzen
- 1998 Beginn der offiziellen Erweiterungsverhandlungen
- 2002 Gipfel von Kopenhagen stimmt großen Erweiterung um 10 neue Mitgliedstaaten zu
- 2004 Zehn neue EU-Mitgliedstaaten: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Zypern
- 2007 Bulgarien und Rumänien treten der EU bei
- 2013 Kroatien tritt am 1. Juli bei

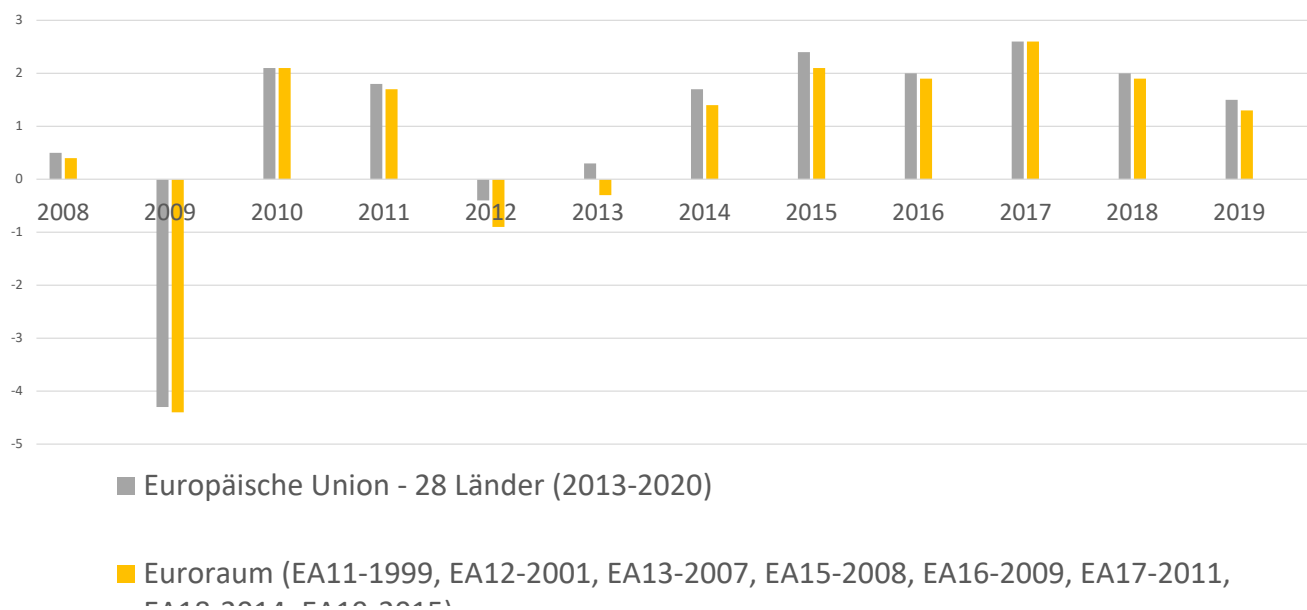


Eurozone

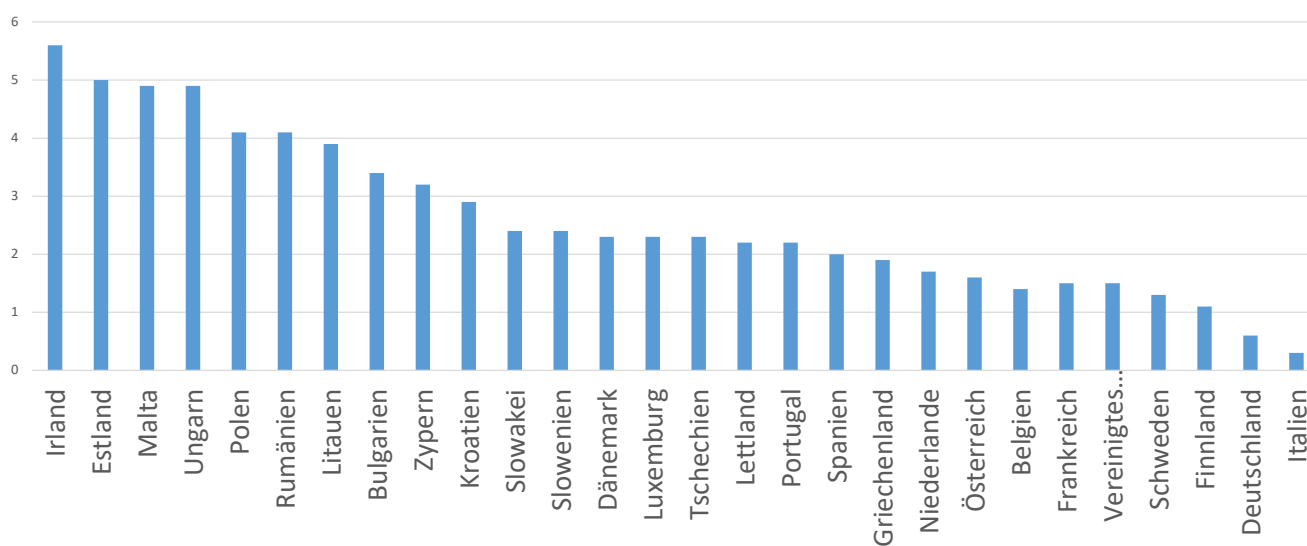
- [Brexit: Boris Johnson will Verhandlungen mit EU bis Mitte Oktober abschließen](#) (Die Zeit 7.9.2020)
- **Streit um Gas im Mittelmeer Erdogan warnt EU vor Einseitigkeit** (n-tv 7.9.2020)
- [EU-Wettbewerbsrecht China im Nacken](#) (Tagesschau 6.9.2020)
- Machtkampf um die Corona-Milliarden: Das EU-Parlament droht mit Veto (7.9.2020)

- In der Eurozone sinken die Verbraucherpreise (FAZ 2.9.2020)
- Eurozone: Arbeitslosenquote steigt auf 7,9 Prozent (T-online 4.9.2020)
-
- Merkel will Eurozone als Avantgarde (ntv 19.1.2018)
- Deutsch-französischer Vorstoß Top Ökonomen wollen Eurozone radikal umbauen (Spiegel 19.1.2018)
- Merkel und Macron
- Centeno: Euro-Gruppenchef dringt auf schnelle Reform der Eurozone (Tagesspiegel 17.1.2018)

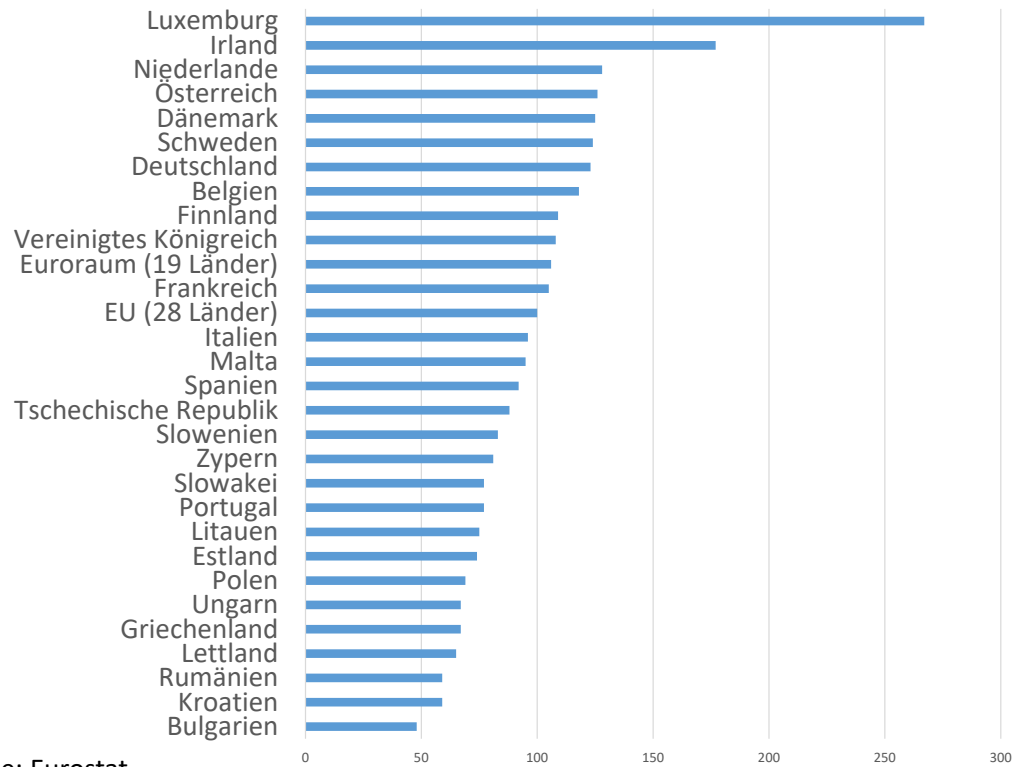
Bruttoinlandsprodukt EU und Eurozone



BIP 2019 gegenüber dem Vorjahr

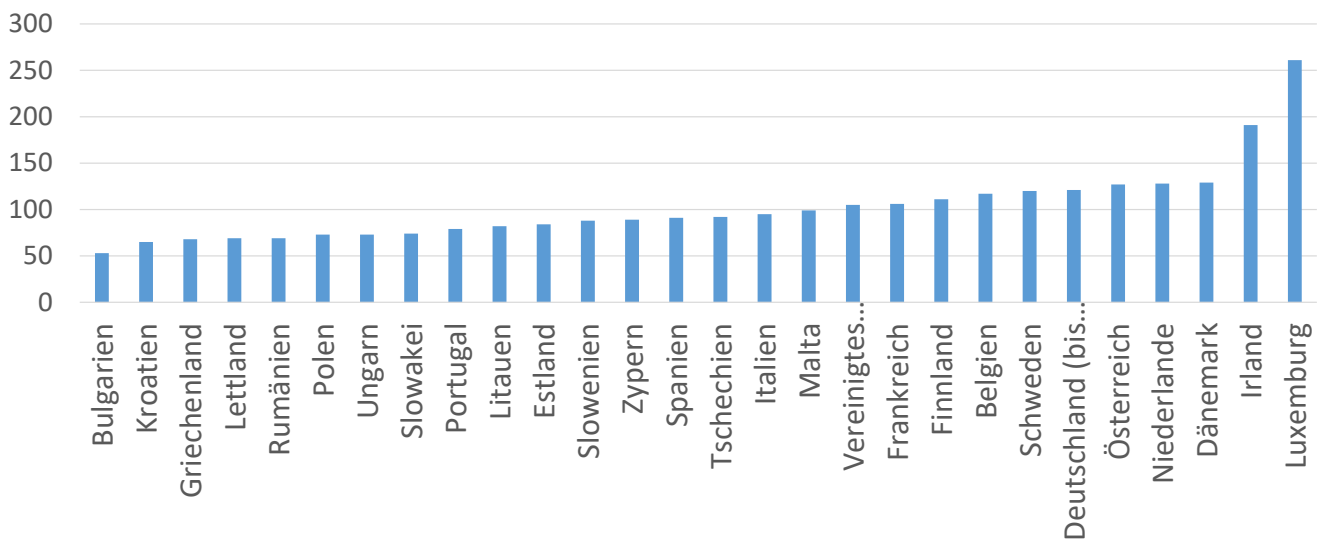


BIP Pro Kopf 2016; EU=100

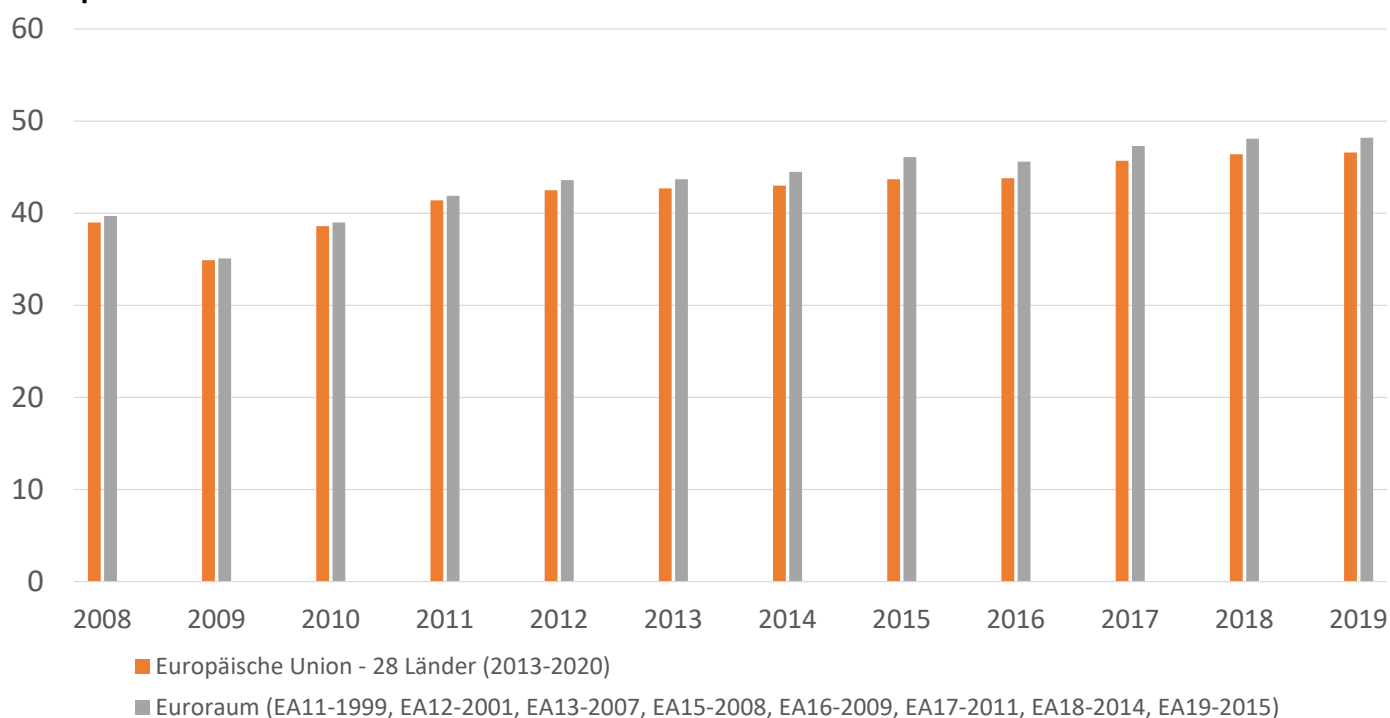


Quelle: Eurostat.

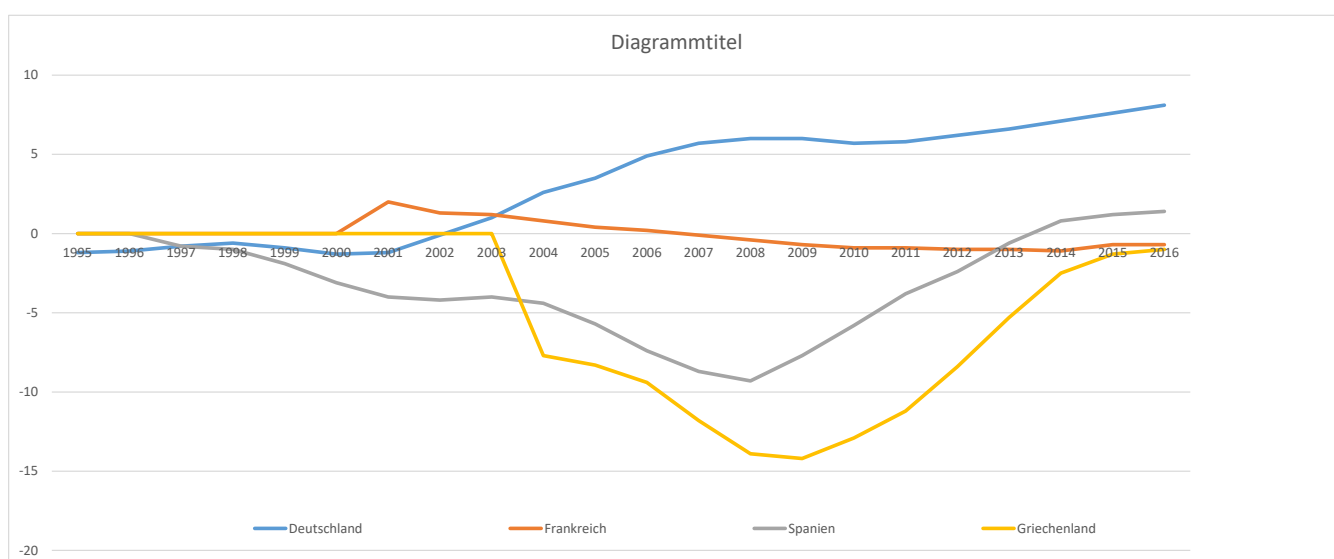
BIP-Pro Kopf Kaufkraft -2019



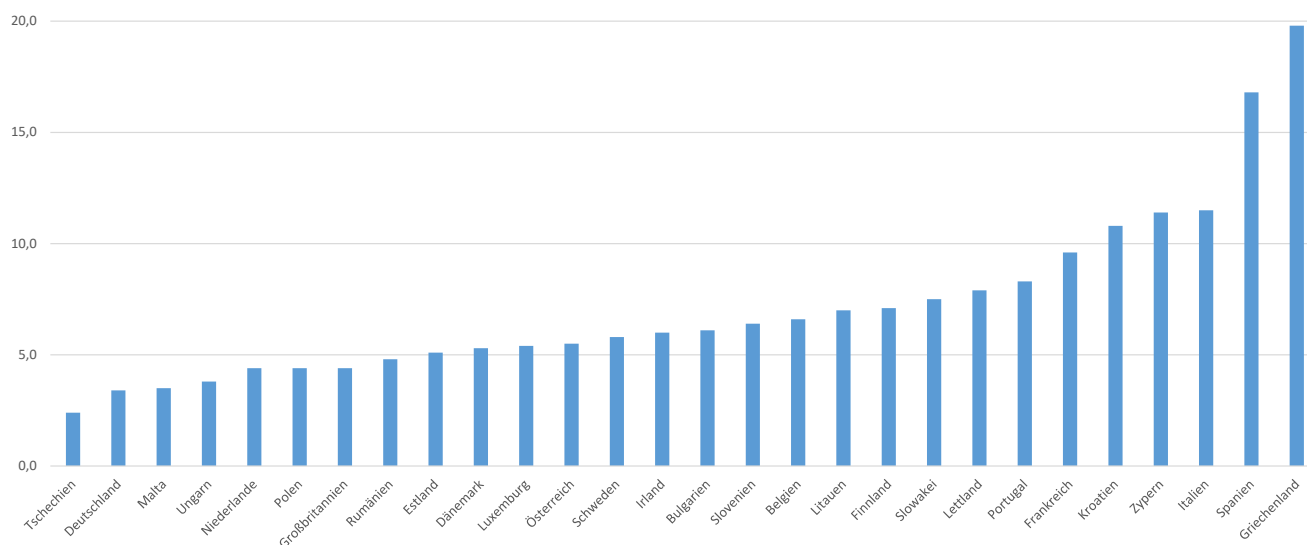
Exporte in Prozent des BIP



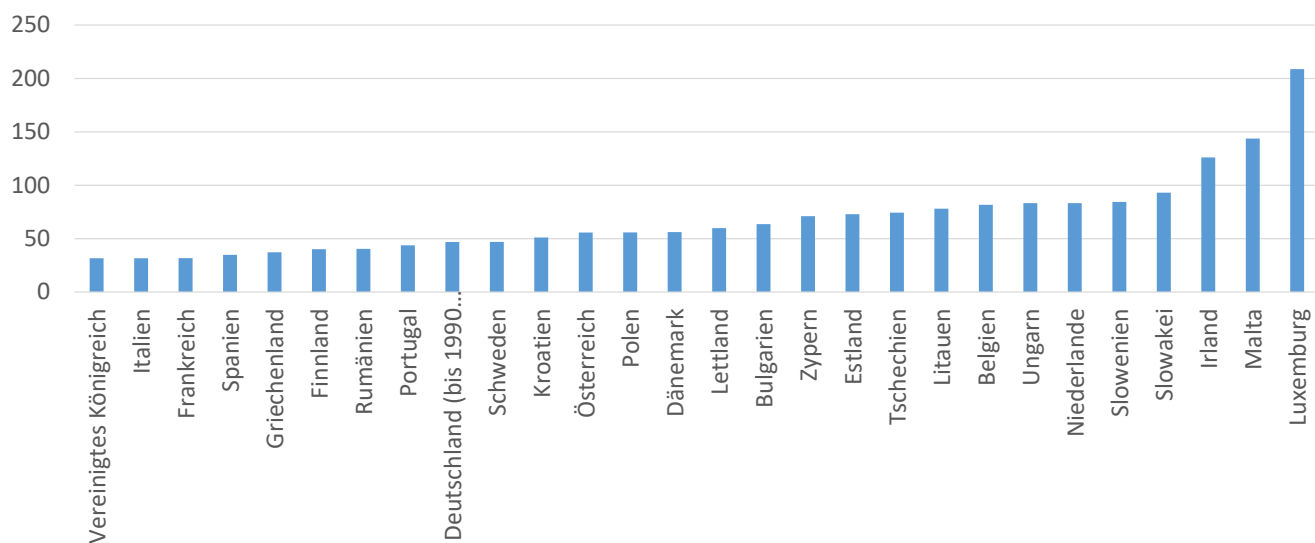
Leistungsbilanzsaldo



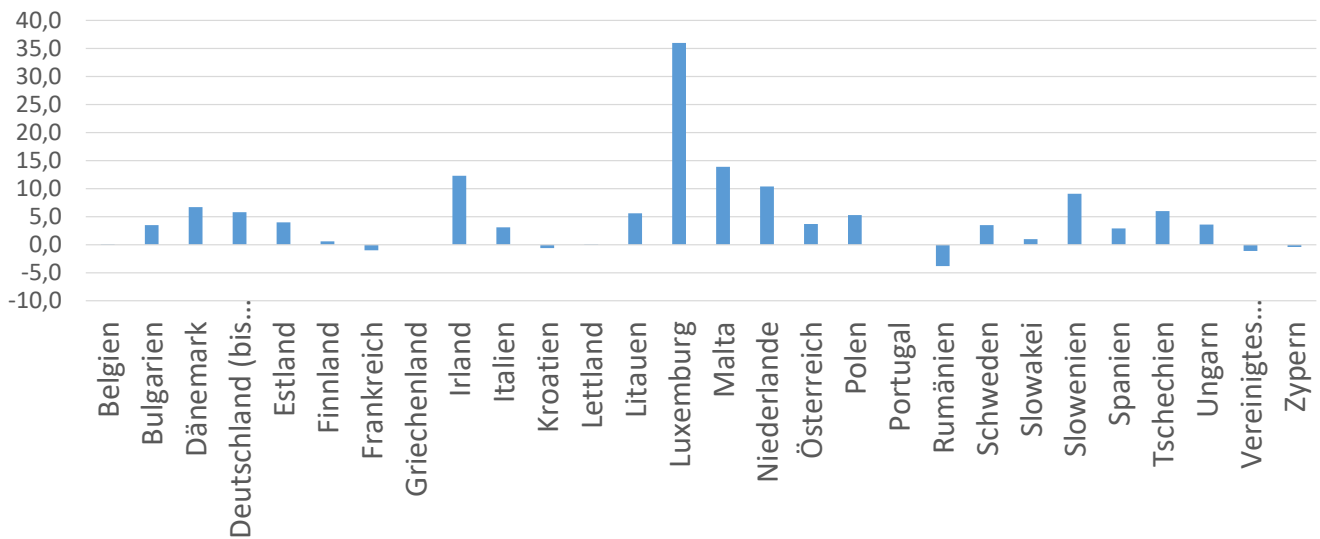
Arbeitslosigkeit 2017



Exporte 2019 in Prozent des BIP



Leistungsbilanz in Prozent des BIP



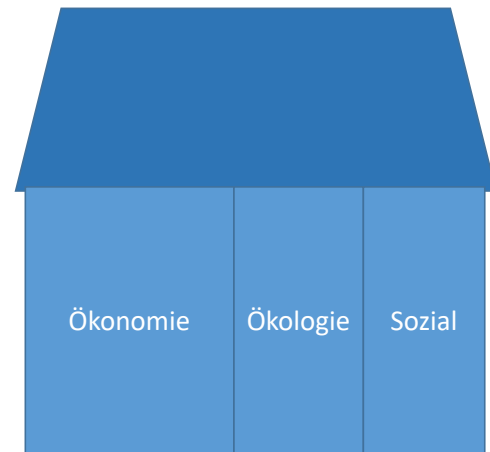
Punkte

- Der sinnlosen Austeritätspolitik ist ein Ende zu setzen. Eine aktive Finanzpolitik ist ein Anker für staatliche insbesondere sozialstaatliche Stabilität.
- Die Grundlagen, auf die die chronischen Leistungsbilanzüberschüsse und –defizite zurückgehen, können die Gemeinschaft gefährden und sind nicht weiter zu tolerieren. Überschüsse bedeuten, dass mehr produziert als verbraucht wird. Diesem Überproduktionswahn ist entgegen zu treten.
- Zukunftssicherung läuft nicht über Niedriglohn sondern über eine produktivitätsorientierte Lohnentwicklung. Der Umverteilung zugunsten von Kapitaleinkommen muss ein Ende gesetzt werden, um der wachsenden Ungleichheit entgegenzutreten. Koordination statt sinnloser Wettbewerb.

Europa



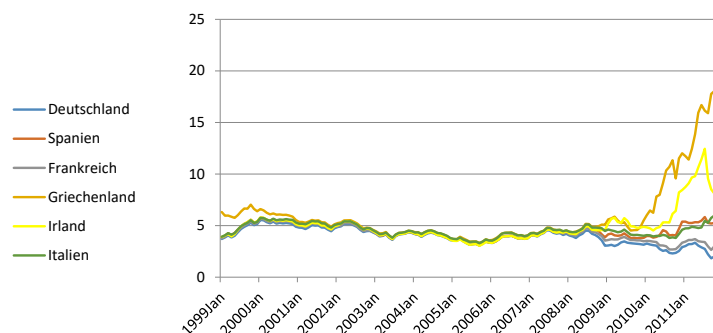
- Europäische Union (28 Mitgliedsländer)
 - → Zollunion, Handelsunion
 - → 7 % der Weltbevölkerung
 - → 30% des Welt-Bruttoinlandsprodukts (BIP)
- Eurozone
 - → Währungsunion (19 Mitgliedsstaaten)
 - → Gemeinsame Währung
 - → Einheitliche Geldpolitik
- Beitritt zur EU
 - Alle Staaten können grundsätzlich beitreten
 - Jedoch sind Kriterien zu erfüllen
 - → Mit dem Beitritt zur EU wird grundsätzlich auch ein perspektivischer Beitritt zur Eurozone gesetzt
 - Maastricht-Kriterien
 - Marktwirtschaft
 - Demokratie
 - funktionsfähiges Rechtssystem



- EU im Spannungsfeld zwischen Nationalstaatlichkeit und Gemeinschaft

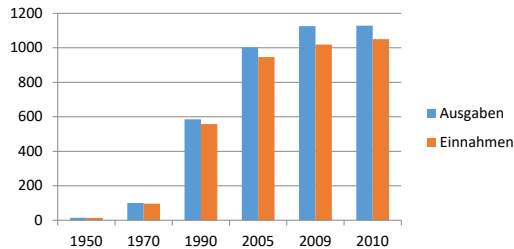
Zinsen für 10jährige Staatsanleihen

Zinsen für 10jährige Staatsanleihen



Anwendungsfall Deutschland

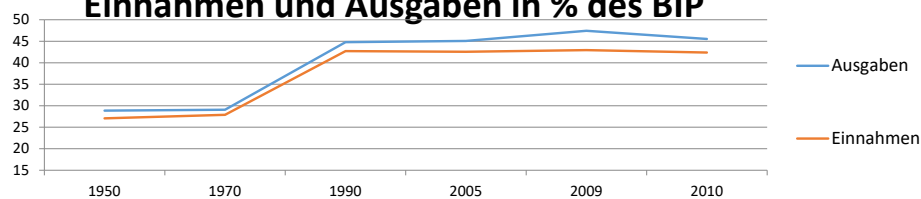
Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte, Mrd. Euro



Finanzierungssaldo der öffentlichen Haushalte, Mrd. Euro

1950	-0,9
1970	-4,1
1990	-27,1
2005	-55,8
2009	- 106,9
2010	-78,1

Einnahmen und Ausgaben in % des BIP



Quelle: Statistisches Bundesamt.

Privates Vermögen, öffentliche Schulden

Gesamtwirtschaftliche Vermögensbildung (1991 bis 2009, in Milliarden Euro)

- Private Haushalte 1.840 Mrd. Euro
- Finanzinstitute 258 Mrd. Euro
- Staat Schulden
- Ausland Schulden

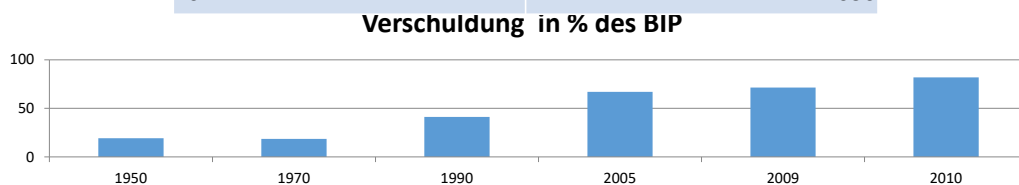
Quelle: Deutsche Bundesbank, Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik .

Populäres Argument:

» Generationengerechtigkeit

Verschuldungsstand des Staates

Jahr	Mrd. Euro
1950	9,6
1970	64,2
1990	538,3
2005	1489,9
2009	1694,4
2010	2028,2
2011	2030
2014: 2048,1	



2014: 74, 1 Mrd

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Krisenbewältigung durch Schuldenbremse?

- in Art. 109, Abs. 3 Grundgesetz
- (3) Die Haushalte von Bund und Ländern sind grundsätzlich ohne Einnahmen aus Krediten auszugleichen. Bund und Länder können Regelungen zur im Auf- und Abschwung symmetrischen Berücksichtigung der Auswirkungen einer von der Normallage abweichenden konjunkturellen Entwicklung sowie eine Ausnahmeregelung für Naturkatastrophen oder außergewöhnliche Notsituationen, die sich der Kontrolle des Staates entziehen und die staatliche Finanzlage erheblich beeinträchtigen, vorsehen. Für die Ausnahmeregelung ist eine entsprechende Tilgungsregelung vorzusehen. Die nähere Ausgestaltung regelt für den Haushalt des Bundes Artikel 115 mit der Maßgabe, dass Satz 1 entsprochen ist, wenn die Einnahmen aus Krediten 0,35 vom Hundert im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt nicht überschreiten. Die nähere Ausgestaltung für die Haushalte der Länder regeln diese im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen mit der Maßgabe, dass Satz 1 nur dann entsprochen ist, wenn keine Einnahmen aus Krediten zugelassen werden.

Deutschland

- Schuldenbremse
 - Bund ab 2016
 - Länder ab 2020
 - Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein erhalten Konsolidierungshilfen von insgesamt 800 Mill. Euro jährlich

„Die Neuregelung (Art. 109 und Art. 115 GG) gelten für Bund und Länder ab dem Jahr 2011. Im Rahmen einer Übergangsregelung (Art. 143d Abs. 1 GG) ist festgelegt, **dass für den Bund noch bis einschließlich 2015 und für die Länder bis einschließlich 2019 Abweichungen möglich sind.** Über Konsolidierungshilfen wird es den ärmeren Bundesländern **Bremen**, Berlin, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein möglich gemacht, die Vorgaben der Schuldenbegrenzung ab dem Jahr 2020 zu erfüllen. Weiterhin soll zur Überwachung der Haushaltswirtschaft von Bund und Ländern ein gemeinsamer Stabilitätsrat eingesetzt werden, der insbesondere der Vermeidung von Haushaltsnotlagen dienen soll (Art. 109a GG).“

Quelle: Bundesfinanzministerium/Hervorhebung Schrooten.

Europäische Schuldenbremse heißt Fiskalpakt

- → Dezember 2011: Schuldenbremse wird zum Exportprodukt
- → Schaffung einer „fiskalischen Stabilitätsunion“
- → konkrete Ausgestaltung variiert
- → jedoch gemeinsam:
- **Eckpfeiler:**
 - → 0,5% konjunkturell bereinigtes Defizit des konsolidierten Haushalt
 - → Schuldenstand auf 60% des Bruttoinlandsprodukts begrenzen
- → Fiskalpakt ist kein einfacher Export der im deutschen Grundgesetz verankerten Schuldenbremse
- → aktuell 23 Mitgliedsländer der EU im Defizitverfahren
- → Schuldenstand in Deutschland ca. 82% des Bruttoinlandsprodukts
- → Anpassungen notwendig
 - → Fiskalpakt ist kein einfacher Export der im deutschen Grundgesetz verankerten Schuldenbremse

- Mit einer gemeinsamen, koordinierten Schuldenpolitik ist der Spekulation gegenüber staatlichen Anleihen auf dem Kapitalmarkt entgegenzutreten. Dies kann ein Ansatzpunkt für eine neu zu schaffende EU-Finanzpolitik bieten, bei der sich die einzelnen Mitgliedsländer nicht einem
- Eine europäische Sozialunion setzt EU-weite Standards. Einen Ansatzpunkt dazu kann die europäische Arbeitslosenversicherung bieten.
- Das Euro-Geldsystem ist eine wichtige Infrastruktur, die nicht der Spekulation ausgeliefert sein darf. Gerade von dem Hintergrund der Digitalisierung und der damit verbundenen Möglichkeit, den Zahlungsverkehr in internetgestützt Räume zu verlagern, muss die Regulierung antizipativ-regulierend wirken. Folglich hat die EU-Finanzmarktregulierung weit über die Bankenunion hinauszugreifen.
- Alles in allem und letztendlich allerdings geht es um die Lebensbedingungen der Menschen in der EU und der Eurozone. Ohne eine zunehmende Chancengerechtigkeit und Partizipation besteht die Gefahr, dass sich immer mehr enttäuschte Bürgerinnen und Bürger von nationalstaatlichen Überlegungen tragfähige Problemlösungen erhoffen.